

Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im Alter.

Seniorenpolitische Standpunkte

DIE LINKE.

Vorwort

Jahrelang wurde den Menschen erzählt, dass Nullrunden für Rentnerinnen und Rentner, die Erhöhung des Renteneintrittsalters, die Kürzungen infolge der Schuldenbremse und Einschnitte im Gesundheitssystem nötig seien, um »Generationengerechtigkeit« herzustellen. Was für ein Hohn! Dabei sind es doch auch und gerade die jungen Menschen, die darunter leiden, dass ihnen eine marode Infrastruktur und ein kaputter Sozialstaat vererbt wird.

Das ist der perfide Versuch, Generationen gegeneinander auszuspielen, um die wahre Kluft in der Gesellschaft zu verschleiern: Nämlich die zwischen oben und unten. Nötig ist eine Umverteilung von oben nach unten, dann sind eine gute Rente für alle, ein gutes Gesundheitssystem und der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur auch finanzierbar. Die mit den globalen Krisen, wachsender Ungleichheit und demographischem Wandel verbundenen Herausforderungen für die Gesellschaft können nur durch Solidarität und Generationen übergreifend bewältigt werden.

Wir brauchen eine neue Kultur des Alterns in dieser Gesellschaft. Es geht um selbstbestimmtes Altern in Würde, ohne Diskriminierungen, Armut und Abstiegsängste. Es geht

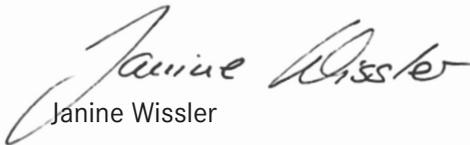
um eine andere Gesellschaft, in der Menschen nicht einsam oder an den Rand gedrängt sind. Seniorinnen und Senioren müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichberechtigt teilhaben können. Ihre Erfahrungen und Lebensleistungen sollten wahrgenommen und stärker anerkannt werden. Dafür wollen wir als LINKE die Rahmenbedingungen schaffen.

Wir wollen die Arbeitswelt so verändern, dass auch ältere Menschen Zugang zu guter Arbeit finden. Zugleich ist es ein Skandal, wenn in einem reichen Land wie unserem Menschen trotz jahrzehntelanger harter Arbeit in Altersarmut landen. Das Renteneintrittsalter zu erhöhen lehnen wir ab. Die Rente erst ab 67 muss zurückgenommen werden, weil gerade die Menschen, die im Schichtdienst und hart körperlich arbeiten, gar nicht so lange arbeiten können und mit hohen Abschlägen in Rente gehen. Als LINKE setzen wir uns für eine Rente ein, die alle vor Armut schützt und den Lebensstandard sichert. Die Ostrenten müssen endlich angeglichen werden. Das Gesundheitswesen und die Pflege müssen solidarisch finanziert und an Menschenwürde und guter Versorgung statt an Profitinteressen ausgerichtet werden. Dazu gehört auch eine höhere Qualität der Pflege, mehr Personal und Zeit, eine wirksame

Mitbestimmung und Einbeziehung von Beschäftigten und Menschen mit Pflegebedarf. Wir setzen uns für bezahlbares Wohnen in jeder Lebenslage ein – barrierefrei und an den Bedarfen von älteren Menschen orientiert. Auch im Alter muss es weiter möglich sein, mobil zu sein, gerade auch auf dem Land und ohne Auto. Als LINKE kämpfen wir für einen grundlegenden Politikwechsel, der soziale Gerechtigkeit schafft und die Grundlagen für Frieden, Solidarität und ein selbstbestimmtes Leben schafft. DIE LINKE ist die Partei der Gerechtigkeit.

Sozialer Zusammenhalt heißt auch solidarischer Umgang der Generationen. Gemeinsam können wir Orte der Begegnung, des Zusammenseins, des voneinander Lernens, der Kultur und des Vergnügens schaffen.

Ich freue mich, dass es viele aktive Seniorinnen und Senioren gibt, die sich für diese Ziele engagieren!



Janine Wissler

Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im Alter

Die Rechte und auch die Pflichten der Bürger*innen haben keine Altersbegrenzung. Alle Menschen haben das Recht auf ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben, auf Teilhabe und Engagement. DIE LINKE engagiert sich für politische, soziale und kulturelle Voraussetzungen, die allen Menschen im Alter ein selbst bestimmtes Leben in Würde ermöglichen.

Mit Sorge stellen wir fest, dass die vorherrschende Gesellschaftspolitik den Herausforderungen einer alternierenden Gesellschaft nicht entspricht. Ein anderer Ansatz in der Seniorenpolitik ist dringend notwendig, damit höheres Alter auch in Würde gelebt werden kann. Dabei ist für uns unstrittig, dass die Befriedigung der Ansprüche und Bedürfnisse der älteren Menschen nur im Kontext mit der gedeihlichen Entwicklung aller Generationen realisierbar ist. Erforderlich ist eine neue Kultur des Alterns und des Alters. Die Kernfragen sind: Gesellschaftliche Strukturen altersfreundlicher und für das Alter entwicklungspotenter gestalten, die Generationensolidarität stärken, die Gesundheitspotentiale in allen Lebensphasen erhöhen, das Rentensystem zukunftssicherer machen und

eine Erwerbsalterskultur entwickeln, die einen menschenwürdigen Übergang ins Rentenalter ermöglicht. Die Ursachen für Altersarmut müssen an der Wurzel bekämpft werden.

Ein Umsteuern in diesem Sinne setzt ein anderes Altenbild in der Gesellschaft, besonders bei den Regierenden, den Parteien und Medien voraus. Alter ist mehr als Rente, Pflege und Kosten. Alter meint einen ganzen Lebensabschnitt nach Ausscheiden aus dem Erwerbsleben mit all seinen spezifischen Erfordernissen und Bedürfnissen. Die Grundlagen für gutes Altern müssen in den vorausgehenden Lebensphasen gelegt werden. Dass heute viele Menschen länger gesund, aktiv und autonom sind und immer mehr Frauen und Männer das 80. Lebensjahr und mehr erreichen, ist eine zivilisatorische Errungenschaft, die bewahrt und ausgebaut werden muss. Der Gesellschaft kann daraus ein großer, potentieller Reichtum erwachsen, wenn sie Willens und in der Lage ist, diese Potentiale fruchtbar zu machen. Wir teilen zugleich die Auffassung vieler Alterswissenschaftler, dass mit zunehmender Hochaltrigkeit der Gesellschaft ein großes Zukunftsproblem erwächst, das dringend angepackt und einer Lösung zugeführt werden muss.

Seniorenpolitik muss in Theorie und Praxis konsequenter als Querschnitts-

aufgabe verstanden und gehandhabt werden. Das schließt die Wechselbeziehungen zwischen den Generationen ebenso ein wie das ressortübergreifende Zusammenwirken der Verwaltungen sowie die Erschließung und Bündelung regionaler Ressourcen.

Teilhabe und Engagement

DIE LINKE steht für eine demokratische Kultur der Teilhabe, der Gleichberechtigung aller Bürger*innen – unabhängig von Herkunft, Weltanschauung, Alter, Religion, Gesundheitszustand oder sexueller Orientierung und setzt sich dafür ein, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement noch mehr zu fördern und anzuerkennen.

Für die Senior*innen geht es darum, die aktive Beteiligung am sozialen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Leben zu fördern, ihre Erfahrungen und Fähigkeiten zu nutzen, die Beziehungen zwischen den Generationen zu verbessern, die Solidargemeinschaft weiterzuentwickeln sowie den Prozess des Älterwerdens in Würde und ohne Diskriminierung unter ihrer aktiven Eigenbeteiligung zu gewährleisten. Die Beteiligung und Mitsprache engagierter älterer Menschen ist als Chance für eine bessere Gestaltung

der kommunalen und sozialen Strukturen zu begreifen. Das befördert ein generationsübergreifendes Zusammenleben.

Für die aktive Teilhabe der älteren Generation bedarf es allerdings auch entsprechender rechtlicher Rahmenbedingungen.

In einigen Bundesländern, wie etwa in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Thüringen und Hamburg gibt es Landesseniorenmitwirkungsgesetze unterschiedlicher Art. In weiteren Ländern gibt es entsprechende Gesetzesinitiativen. In allen Bundesländern gibt es auf unterschiedlicher rechtlicher Grundlage Landesseniorenvertretungen, die in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen zusammenarbeiten. In vielen Kreisen, Städten und Gemeinden ist es selbstverständlich, dass die ältere Generation Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten hat. Dies ist entweder durch die genannten Landes-Gesetze, durch Kommunale Verordnungen oder durch die historische Rolle von Sozialverbänden geregelt. Allerdings nicht flächendeckend in der ganzen Bundesrepublik und wenn ja, in der Ausgestaltung sehr unterschiedlich.

Nach Auffassung DER LINKEN kann die aktive Teilhabe von Senior*innen auf allen kommunalen Ebenen vor

allem durch die Gründung von Seniorenvertretungen in den Landkreisen, Städten und Gemeinden eine entsprechende Förderung erfahren. Jede Seniorenvertretung sollte in den kommunalen Vertretungen ein Vorschlags- und Rederecht zu allen anstehenden Entwicklungen aus der Sicht von Senior*innen bekommen. Unserer Meinung nach sollten Seniorenvertretungen durch die Senior*innen vor Ort gewählt, besetzt und lediglich durch die kommunale Vertretung bestätigt werden.

Mitwirkungsmöglichkeiten für Senior*innen können nur realisiert und gestaltet werden, wenn die Kommunen über entsprechende finanzielle Mittel verfügen. Finanzielle Mittel sind auch nötig, um die Lebensumgebung älterer Menschen so zu gestalten, dass umfassende und menschenwürdige Teilhabe möglich ist.

Der 7. Altenbericht der Bundesregierung zum Thema »Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften« weist darauf hin, dass die Gewährleistung einer hohen Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabe im Alter ein Mitspracherecht aller Bürger*innen bei der Ausgestaltung der dafür nötigen institutionellen Rahmenbedingungen verlangt.

Die Bedingungen zum Leben und zur Lebensqualität im Alter werden in

erster Linie vor Ort, in den Kommunen, Quartieren und Dörfern gestaltet.

DIE LINKE fordert daher vom Bund, das die chronische Unterfinanzierung der Kommunen endlich ein Ende hat. Wenn finanzielle Mittel fehlen, trifft dies immer zuerst die sozial Schwachen und dazu gehören auch die älteren Menschen.

Solidarische Rentenpolitik

Mit den »Rentenreformen« von SPD und Grünen wurde ein Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik von der Lebensstandardsicherung hin zur Beitragsstabilität eingeleitet. Von der Senkung des Rentenniveaus und der Rente erst ab 67 über die Riester-Rente bis zur Abschaffung der Rentenbeiträge für ALG-II-Beziehende haben CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP die gesetzliche Rente demonstriert, um die Arbeitgeber von Beitragszahlungen zu entlasten und den Versicherungskonzernen neue Geschäfte zu ermöglichen.

Die Folge: Das Niveau der gesetzlichen Rente sinkt. Von einst rund 53 Prozent im Jahr 2000 wird es auf 41,7 Prozent im Jahr 2045 fallen. Durch die Rente erst ab 67 können wir erst später ohne Abschlüge in Rente gehen. Die meisten werden früher in Rente

gehen: Damit wird ihre Rente noch mal drastisch gekürzt!

Die staatlich geförderte Riesterrente ist gescheitert. Sie kann die in die gesetzliche Rente gerissenen Lücken nicht schließen. Jahr für Jahr sind immer mehr Rentner*innen von Altersarmut und sozialem Abstieg betroffen. Dabei sind Frauen stärker von Armut betroffen als Männer. Das muss dringend geändert werden. Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit, Pflegezeiten oder Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung.

DIE LINKE fordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik:

■ Die gesetzliche Rente muss wieder zum Zentrum der Alterssicherungspolitik werden und den Lebensstandard im Alter sichern. Dazu müssen sämtliche Kürzungen aus der Rentenanpassungsformel gestrichen werden und ein Sicherungsniveau von mindestens 53 Prozent gesetzlich festgeschrieben werden. Die Arbeitgeber müssen wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.

■ Außerdem ist es nötig, prekäre Beschäftigung, schlechte Löhne und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Denn aus guter Arbeit und guten Löhnen ergibt sich auch eine gute Rente.

■ Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre lehnen wir ab. Sie ist nichts außer einer weiteren Kürzung der Renten. Stattdessen wollen wir flexible Übergänge in die Rente vor dem 65. Lebensjahr ermöglichen.

■ Die Ostrenten müssen endlich an das Westniveau angeglichen und alle Diskriminierungen und Ungerechtigkeiten, die zu Beginn der 90er Jahre mit der Überleitung der DDR-Alterssicherungsansprüche in bundesdeutsches Recht entstanden sind, beseitigt werden.

■ Die Solidarität in der Rentenversicherung muss gestärkt werden: Zeiten niedriger Löhne, der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden.

■ Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern. Die Beitragsbemessungsgrenze ist perspektivisch aufzuheben.

■ Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für jede und jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE als untere Sicherungsgrenze eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente, die sicherstellt, dass niemand im Alter in Armut leben muss. Dem kann die ab 2021 geltende sogenannte »Grundrente« der Großen Koalition nicht im

Entferntesten entsprechen – sie ist vor allem eins: ein Etikettenschwindel. Denn die Anforderungen für die GroKo-Grundrente sind so hoch, dass viele Menschen auch in Zukunft in der bedürftigkeitsgeprüften »Grundversicherung im Alter« verbleiben müssen.

Gesundheit und Pflege müssen bezahlbar sein

Gesundheit und Pflege muss für alle bezahlbar sein. Der Erhalt der Gesundheit und die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen dürfen nicht von der Größe des Geldbeutels abhängig sein. Soziale Ungerechtigkeit macht krank. Die Gesundheits- und Pflege-reformen der letzten Regierungen haben die Ungerechtigkeit im Gesundheits- und Pflegesystem verschärft. Unternehmen wurden entlastet, Versicherte müssen allein für steigende Kosten aufkommen. Wir wollen ein solidarisches, gerechtes und barrierefreies Gesundheits- und Pflegesystem, in dem die Versorgung der Patientinnen und Patienten im Mittelpunkt steht. Gesundheit und Pflege dürfen nicht weiter zu einem Markt verkommen, auf dem die Profite mehr zählen als die Menschen: Statt immer weiter zu privatisieren, muss Gesundheit und Pflege als Teil des Sozialstaats öffentlich organisiert werden. Die Ökonomisierung des Gesundheitswesens und der Pflege

steht nicht nur einer guten Versorgung, sondern auch guten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten entgegen. Wir setzen auf eine solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen. Die Zwei-Klassen- Medizin wollen wir überwinden.

Unsere wichtigsten Forderungen:

- Solidarische Gesundheitsversicherung: Alle zahlen mit allen Einkommen ein. Paritätische Finanzierung der Beiträge. Versicherte entlasten: Zurzeit werden alle Kostensteigerungen alleine von den Arbeitnehmer*innen und Rentner*innen über den Zusatzbeitrag finanziert. Die Arbeitgeber müssen sich wieder paritätisch an der Finanzierung beteiligen.
- Pflegevollversicherung: Alle Leistungen werden übernommen. Alle zahlen mit allen Einkommen ein, auch privat Versicherte, Beamte, Abgeordnete und Selbständige.
- Kosten für nicht-verschreibungspflichtige Arzneimittel sind zu übernehmen: Ältere und chronisch kranke Menschen können sich oft wichtige Medikamente nicht leisten. Daher müssen notwendige nicht-verschreibungspflichtige Medikamente wieder in den Leistungskatalog der Krankenversicherung aufgenommen werden.
- »Reha vor Pflege« ist endlich zu verwirklichen: Medizinische Rehabilitation muss vom Arzt verordnet werden können. Das Antragsverfahren ist abzuschaffen.

■ Die gesetzliche Personalbemessung in Gesundheit und Pflege ist durchzusetzen.

■ Krankenhäuser sind bedarfsgerecht zu finanzieren und der Personalmangel muss bekämpft werden.

■ Zuzahlungen und Leistungsausschlüsse wie etwa bei Brillen und beim Zahnersatz, bei Arzneimitteln und bei stationärem Krankenhausaufenthalt oder bei der Physiotherapie müssen wegfallen. Bei Hilfsmitteln stehen Versicherte oft vor der Wahl, entweder hohe Eigenanteile zu akzeptieren oder mit schlechter Qualität abgespeist zu werden. Medizinische Leistungen dürfen nicht in private Zusatzversicherungen ausgelagert werden. Die Krankenkassen müssen den Rechtsanspruch auf vollen Behinderungsausgleich gewährleisten und die Kosten übernehmen.

■ Der Einfluss der Pharmaindustrie muss zurückgedrängt werden. Medikamentenpreise wollen wir begrenzen. Mehrwertsteuer für Medikamente auf 7 Prozent senken.

■ Ambulante Versorgung in Stadt und Land verbessern und Wartezeiten verkürzen.

■ Integrierte Versorgung schaffen: Patient*innen müssen qualitätsgesichert in Sektoren- bzw. fachübergreifenden Strukturen versorgt werden. Ambulante Versorger, Krankenhäuser und Reha-Kliniken müssen zur verbindlichen Zusammenarbeit verpflichtet werden.

Wohnen – altersgerecht und barrierefrei

Die Wohnbedingungen der älteren Generation sind im Wesentlichen nicht von denen anderer Generationen zu trennen. In Ballungsräumen sind sie durch immense Mietpreiserhöhungen gekennzeichnet, die dazu führen, dass sich viele Senior*innen ihre Wohnungen oder Plätze in Wohneinrichtungen nicht mehr leisten können.

Im Alter gewinnen die Wohnbedingungen zunehmend an Bedeutung. Überall im Land steigt der Bedarf an bezahlbaren Wohnungen, die die selbständige und unabhängige Lebensführung bis ins hohe Alter gewährleisten. Barrierefreies Bauen und Gestalten, eine Grundvoraussetzung für mehr Sicherheit im Alter, setzt sich insbesondere bei der Wohnungsmodernisierung nur zögerlich durch. Aus der Sicht älterer Menschen ist die altersgerechte, soziale Infrastruktur für viele Wohnquartiere stark eingeschränkt.

Mietrecht und Wohnungsbauförderung werden den veränderten Ansprüchen nicht ausreichend gerecht. Die Privatisierung von Wohneigentum schränkt den Spielraum der Städte und Gemeinden für die Bereitstellung von altersgerechtem Wohnraum ein. Als Steuerungsinstrument hat sich der Markt als untauglich erwiesen.

Wir fordern:

■ Altersgerechtes Wohnen muss stärker auf die individuellen Wohnbedürfnisse im Alter sowie auf die Sicherung bezahlbarer Mieten gerichtet sein. Wohnungsanpassung, Umbau in barrierefreie, altersgerechte Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen ist mit staatlichen Fördermitteln vorrangig zu unterstützen.

■ Neue alternative Wohnformen sind durch Bund, Länder und Kommunen zu fördern. Das betrifft generationenübergreifendes Wohnen ebenso wie selbst organisierte Projekte jeglicher Zusammensetzung und neue Genossenschaftsformen.

■ Erhöhte Aufmerksamkeit in der Wohnungspolitik erfordert das betreute Wohnen. Seniorengerechtes, betreutes Wohnen ist in Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards festzuschreiben, um Mindeststandards zu garantieren und eine Vergleichbarkeit der Angebote zu erreichen. Ein wirksames Mitbestimmungsrecht für die Nutzer solcher Einrichtungen ist zu entwickeln und gesetzlich festzuschreiben. Gebrauch werden u.a. mehr Wohngruppen für Menschen mit Demenz. Die Leistungs- und Betreuungsangebote sind kritisch zu begleiten.

■ Für Menschen über 70 Jahre ist ein Sonderkündigungsschutz im Mietrecht zu regeln. Ein dem Einkommen und den Mietkosten angemessenes

Wohngeld ist unbürokratisch zur Verfügung zu stellen.

■ Ältere Menschen müssen durch die Erweiterung von Beteiligungsformen mehr Einfluss auf die Gestaltung ihres Lebens- und Wohnumfeldes erhalten.

■ Zur Unterstützung älterer Menschen bei der Wahl künftiger Wohnbedingungen sollten Beratungsstellen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Mitarbeiter*innen der Verwaltungen sind in Bezug auf altersgerechtes Wohnen besser zu schulen und anzuhelfen, mit dem Anliegen der Senior*innen gleichberechtigt umzugehen.

■ In den Kommunen braucht es wirksamere Instrumentarien, um die unterschiedlichen Bedürfnisse und Bedingungen (Stadt und Land, Grad der Gesundheit, Einbindung in gemeinschaftliche Strukturen, Verlust von Familienangehörigen, Migrationsentwicklung) konkreter zu erfassen und bei der Planung und Realisierung des altersgerechten Wohnraumes verbindlicher zu berücksichtigen.

Teilhabe durch Infrastruktur und mit Mobilität

Die Senior*innen wollen möglichst lange selbstständig in den eigenen vier Wänden leben. Bei einer wachsenden Zahl an älteren Menschen wächst auch der Bedarf an Barriere-

freiheit sowohl in der Wohnung aber auch im Wohnumfeld und an Assistenzsystemen sowie an unterstützenden Dienstleistungen durch eine entsprechende Infrastruktur vor Ort.

Die Kommunen haben eine besondere Verantwortung für die Sicherung und Ausgestaltung der Daseinsvorsorge und damit für die Rahmenbedingungen, die die Teilhabe der älteren Menschen garantieren. Der 7. Altenbericht hebt die Stellung der Kommunen besonders hervor und weist darauf hin, dass die Gewährleistung einer hohen Lebensqualität und gesellschaftlicher Teilhabe im Alter ein Mitspracherecht aller Bürger*innen bei der Ausgestaltung der dafür nötigen institutionellen Rahmenbedingungen verlangt.

Erstrebenswert ist für uns in den Kommunen ein infrastrukturell erschlossenes Wohnumfeld mit genügend Versorgungs- und Gemeinschaftszentren, das zur aktiven Teilnahme und Teilhabe einlädt, soziale Nähe fördert und Isolation vorbeugt. Dabei geht es den Senior*innen sowohl um wohnortnahe Versorgungs- und Dienstleistungsangebote als auch um Begegnungszentren zum kulturellen und sozialen Austausch. Es geht um eine gute Nahversorgung im eigenen Wohnumfeld, einschließlich Postämtern, ärztlicher Versorgung, Apotheken sowie ein Freizeit- und Kulturangebot.

Mobilität ist der Verkehr in all seinen Formen, Mobilität ist sich bewegen. Der Verlust der Mobilität ist ein maßgebliches Risiko des Alterns. Fehlende altersgerechte und sichere Verkehrsinfrastruktur behindert Teilhabe am öffentlichen Leben und soziale Kontakte. Ältere Menschen finden sich in der komplexer und schneller werdenden Mobilitätswelt oft nicht mehr zurecht. Dem muss die Gestaltung des Verkehrs Rechnung tragen. Wichtigstes Merkmal dabei ist die Barrierefreiheit. Nach dem Nutzen-für-alle-Prinzip kommt Barrierefreiheit allen Menschen zugute.

Für die Verbesserung und Sicherung der Mobilität älterer Menschen sind weitergehende Strategien zu entwickeln. Mobilitätsketten sind notwendig. In den Empfehlungen des 7. Altenberichtes heißt es dazu, dass herkömmliche Mobilitätsangebote durch Unterstützungsangebote zu ergänzen sind, so dass lückenlos ineinandergreifende Mobilitätsketten entstehen. Dazu gehören nach unserer Auffassung die inklusive Barrierefreiheit des ÖPNV, das Angebot von Senior*innen Tickets als Dauerkarten, den Ausbau von Mobilitätshilfediensten und weiteren Fahrdiensten.

Senior*innen sind oft Fußgänger und gehören zu den schwächsten Verkehrsteilnehmern. Aus dieser Sicht muss der Verkehr geplant und

gestaltet werden. Die Verkehrsplanung muss direkte Wege garantieren, die Aufenthaltsqualität spürbar verbessern, die Verknüpfung mit dem ÖPNV stärken, die Fußwege sicherer machen sowie Fußwege barrierefrei gestalten und barrierefrei erhalten.

Digitalisierung – Chancen und Risiken

Die Digitalisierung ist ein umfassender Prozess, der bereits viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens erfasst hat und sich rasch auf alle Gebiete ausbreitet. Auch viele ältere Menschen nutzen die Möglichkeiten zur digitalen Kommunikation und erschließen sich dadurch zusätzliche Möglichkeiten zur Teilhabe sowohl auf privater Ebene als auch am gesellschaftlichen Leben.

Der Achte Altersbericht der Bundesregierung »Ältere Menschen und Digitalisierung« stellt fest, dass ältere Menschen genauso wie Menschen anderer Altersgruppen im Rahmen ihrer jeweiligen individuellen Möglichkeiten und sozialen Netzwerke grundsätzlich kompetent und verantwortungsvoll ihr Leben gestalten – auch in Bezug auf digitale Technologien. In wachsendem Maße werden digitale Medien zur Erledigung von Geschäften, zur Informationsgewinnung und in vielfältiger Weise in

Freizeit und zu Unterhaltungszwecken verwendet. Diese Tendenz wird sich mit Sicherheit verstärkt fortsetzen, weil die nachfolgenden Generationen von Anfang an in diese Prozesse hineinwachsen, die zunehmend einen normalen Bestandteil ihres Alltags bilden. Wegen ihrer Komplexität und ihres umfassenden Charakters greift die Digitalisierung in viele Lebensbereiche ein – sie bewirkt letztlich einen Kulturwandel.

Gleichzeitig stehen manche Menschen – nicht nur ältere – den Prozessen der Digitalisierung skeptisch oder sogar ablehnend gegenüber, ob nun wegen fehlenden Wissens, mangelnder praktischer Fertigkeiten oder aus durchaus berechtigter Sorge um unerwünschte Folgen für das persönliche Leben.

Dieses Spannungsfeld zwischen den großen Möglichkeiten der Digitalisierung bei der gesellschaftlichen Teilhabe und der Skepsis und den Vorbehalten und Bedenken muss bei der Digitalisierung der staatlichen Verwaltungsarbeit (»e-government«) ein besonderer Schwerpunkt sein.

Daraus ergeben sich unsere Anforderungen:

■ Die Umsetzung von Vorhaben zur Digitalisierung muss als Ausgangspunkt die Interessen und Bedürfnisse der Nutzer*innen haben. Die Nutzung der vorhandenen technischen Mög-

lichkeiten muss diesem Prozess dienen und ihm untergeordnet sein.

■ Grundsätzlich muss es für Nutzer*innen, die – aus welchen Gründen auch immer – digitale Möglichkeiten nicht nutzen können oder nicht nutzen wollen, zuverlässige und ausreichende Möglichkeiten geben, ihre Verwaltungsangelegenheiten auf anderen Zugangswegen – durch persönliche Vorsprache, auf telefonschem oder schriftlichem Weg – zu erledigen. Auch wenn sich die Proportionen in Zukunft zugunsten der Nutzung digitaler Zugänge verschieben werden, müssen andere Zugangsmöglichkeiten langfristig vorgehalten werden. Die Beschränkung auf den digitalen Weg betrachten wir als eine Form der Diskriminierung. Für Bürger*innen mit eingeschränkter Mobilität müssen entsprechende Dienstleistungen auch »vor Ort« zur Verfügung stehen (z. B. mobile Bürgerämter).

■ Für Nutzer*innen, die den digitalen Zugang nutzen wollen, aber (noch) nicht die entsprechenden Kenntnisse und Fertigkeiten verfügen, müssen Möglichkeiten der assistierten Nutzung zur Verfügung stehen. Es müssen regional erreichbare, persönlich ansprechbare Fachkräfte vorhanden sein, die entsprechende Unterstützung leisten. Diese Aufgabe muss – schon aus Datenschutzgründen – von der Verwaltung gelöst werden und kann nicht einfach auf ehrenamtliche Kräfte übertragen werden.

■ Die Nutzung digitaler Verwaltungsvorgänge muss niedrigschwellig erfolgen. Dazu gehört eine technische Grundlage, die zumutbaren materiellem Aufwand (»Low Cost Zugang«), einheitliche und übersichtliche Gestaltung (Zugang über ein einheitliches Nutzerkonto) mit der notwendigen Datensicherheit verbindet. Für Menschen, die digitale Zugänge nutzen wollen, jedoch nicht über die entsprechenden Geräte verfügen, sollten an geeigneten Stellen – Bibliotheken, Stadtteilzentren, Nachbarschaftshäuser usw. – öffentliche Zugänge zur Verfügung stehen, die auch mit Beratungsmöglichkeiten verbunden sind. Dort sollte auch öffentliches freies WLAN zur Verfügung stehen.

Gegen Stigmatisierung und Altersdiskriminierung

Die Diskriminierung älterer Menschen kann vielfältige Formen annehmen, wie im Zuge der jüngsten Pandemie-Debatten über die Isolation älterer Menschen deutlich wurde. Sie verstößt unserer Meinung nach gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), nach dem aufgrund des Alters niemand diskriminiert werden darf.

Diese Diskussion über ältere Menschen ist altersdiskriminierend. Wir betrachten dies mit großer Sorge und

sind stattdessen für eine differenzierte und wertschätzende Debatte,

Die Situation verlangt von uns allen sehr viel Solidarität. Einsicht und auch Mut. Das Gesamtsystem der Pflege und Gesundheit muss dem gerecht werden.

Soziale Isolation über einen längeren Zeitraum macht krank, unabhängig vom Lebensalter. Aber in der Einsamkeit festigt sich das Gefühl ausgeliefert zu sein, was Ängste fördert.

Wir treten unter Berücksichtigung aller gesundheitlichen Bedenken für ein selbstbestimmtes, aktives Leben im Alter ein. Dies bedeutet auch eine Förderung der Teilnahme älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben und an gesellschaftlichen Debatten.

Wir treten dafür ein, dass alle pauschalisierten und personenunabhängigen altersbedingten Einschränkungen von Rechten der Bürger*innen beseitigt werden.

Seniorenarbeitsgemeinschaften der LINKEN

In der Bundesarbeitsgemeinschaft Senior*innenpolitik der LINKEN engagieren sich Mitglieder und Sympathisant*innen dafür, die

spezifischen Interessen älterer Bürger gezielt zu vertreten.

Es ist ein bundesweiter Zusammenschluss ohne formale Altersbeschränkung. Die organisatorische Basis bilden eigenständige Landesarbeitsgemeinschaften, die sich auf freiwilliger Basis in der Bundesarbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen haben.

In den Arbeitsgemeinschaften auf allen Ebenen – regional und föderal – werden neue, für die Seniorenpolitik herangereifte Probleme analysiert und den Vorständen Vorschläge unterbreitet. Erfolge werden nur möglich, wenn die Seniorenarbeitsgemeinschaften enge Beziehungen zu den Vorständen und den Abgeordneten der Linksfraktion auf den jeweiligen Ebenen pflegen. Dabei muss Seniorenpolitik noch konsequenter als Querschnittsaufgabe gesehen werden.

Wir setzen uns ein für eine sozial gerechte Gesellschaft und das schließt die Vertretung der Interessen aller Generationen mit ein. Geführt wird die Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft durch den Sprecher*innenrat, dem Sprecher*innen der Landesarbeitsgemeinschaften angehören und der auf der Grundlage von Jahresarbeitsplänen mindestens dreimal im Jahr tagt. Im Mittelpunkt der Zusammenkünfte steht die

Koordinierung von Aufgaben und der Erfahrungsaustausch. Wir arbeiten mit in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. (BAGSO), in Seniorenvertretungen und Seniorenverbänden, in Gewerkschaften und Bürgerinitiativen und werben dort für unsere seniorenpolitischen Positionen und sind für ihre Erfahrungen und Vorschläge offen. Auf dem Deutschen Seniorentag, der alle drei Jahre von der BAGSO organisiert wird, sind wir als Gesprächspartner*innen an einem Stand auf der Messe und in Gesprächsrunden präsent.

In Seniorenklubs und anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit organisieren wir für Senior*innen Möglichkeiten des Dialogs, der politischen Weiterbildung, der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte, der Beschäftigung mit Kunst und Kultur. Von den Leitungsgremien der Partei erwarten wir, dass die Folgen des demographischen Wandels in ihrer Politik ernsternommen werden und die Seniorenpolitik als Teil der Gesamtpolitik gesehen wird.

Wir treten ein für eine neue Kultur des Alterns und des Alters. Es geht um ein Leben in Würde, selbstbestimmt und ohne jegliche Diskriminierung.

Kontakt

E-Mail: bag.senioren@die-linke.de
Telefon: 030-24009 524 Dienstag und Donnerstag von 8–12 Uhr

Wir sind Zeitzeugen

I. Die 68iger sind jetzt 68 (und älter)

Wir waren dabei, als Karfreitag den 12. April 1968 Tausende bundesweit versuchten die Auslieferung der BILD-Zeitung zu verhindern, nach dem am Vortag in Westberlin Rudi Dutschke angeschossen wurde, nachdem die Springerpresse übel gegen die Studenten- und außerparlamentarische Bewegung gehetzt hatte. Wir waren dabei am 11. Mai 1968 im Bonner Hofgarten als mehr als 70 000 Menschen gegen die von der Großen Koalition geplanten und dann durchgesetzten Notstandsgesetze demonstrierten.

Wir waren auch dabei, als am 6. November 1968 in Hamburg erstmals Lehrlinge auf die Straße gingen und sich eine eigenständige Lehrlingsbewegung herausbildete, die letztlich ein ungenügendes, aber dennoch erstmaliges Berufsbildungsgesetz erreichte.

Wir machten mit, bei den zahlreichen Demonstrationen gegen den Krieg des US-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk. Wir verhinderten 1969 mit vielen fortschrittlichen Kräften den Einzug der NPD in den Deutschen Bundestag.

Wir waren dabei, als sich in den 80-iger Jahren die große Friedensbewegung gegen die Stationierung von Pershing-II-Raketen in der Bundesre-

publik herausbildete, als sich am 10. Oktober 1981 mehr als 300 000 Menschen im Bonner Hofgarten zur größten Demonstration in der Geschichte der Bundesrepublik einfanden. Wir waren dabei als sich Hunderttausende in den Stadien der Bundesrepublik bei »Künstler für den Frieden« engagierten.

Wir halfen mit, als die DGB-Gewerkschaften (zunächst IG-Druck & Papier sowie IG Metall) in den 80iger Jahren den Einstieg in die 35-Stunden-Arbeitswoche erkämpften. Wir waren dabei in den Betrieben und in den Unterstützungskomitees. Wir halfen mit, dass der von Clara Zetkin ins Leben gerufene Internationale Frauentag auch in der Bundesrepublik bekannt wurde und manches an Frauenrechten durchgesetzt werden konnte.

Wir sind Zeitzeugen.

Nach diesen Erfahrungen ist klar, dass wir uns auch im fortgeschrittenen Alter nicht mit den herrschenden kapitalistischen Verhältnissen abfinden. Diese Generation von Senior*innen ist nicht mehr mit Kaffeefahrten ruhig zu stellen. Wir kämpfen heute gegen Altersarmut und Bevormundung älterer Menschen. Für ein selbstbestimmtes Leben im Alter. Auch im Alter gilt: Wer sich nicht wehrt – lebt verkehrt.

(Gerald Kemski-Lilleike, Hamburg)

II.

Wir waren dabei als 1949 die DDR gegründet wurde und jubelten Wilhelm Pieck zu.

Wir waren dabei als Industrie und Landwirtschaft von Kriegsschäden befreit wurden und der Neuaufbau begann und unterstützten ihn in zahlreichen Einsätzen.

Wir waren dabei als uns unzählige Bildungschancen geboten wurden, deren Elemente bis heute gültig sind.

Wir waren dabei und begriffen proletarischen Internationalismus in unserem Kampf für die Freilassung von Nelson Mandela und Angela Davis. Deutsch-sowjetische Freundschaft war uns Herzenssache.

Wir waren dabei und warben für eine moderne Landwirtschaft in Form von LPGen.

Wir waren dabei als ein gigantisches Wohnungsbauprogramm verwirklicht wurde.

Nachdrücklich sei betont, dass unser Lebenswerk noch weitaus umfangreicher war.

Wir machten Fehler, erkannten Gesetzmäßigkeiten nicht und fremd verursachte Störungen ließen den Sozialismusversuch scheitern.

Wir sind Zeitzeugen und der nächsten Generation verpflichtet.

Wir Senior*innen haben das 20. Jahrhundert bewusst erlebt und aktiv mitgestaltet. Die Aufarbeitung der Geschichte der DDR und der BRD ist weiterhin notwendig und berührt unser eigenes Leben.

Wir fühlen uns deshalb verpflichtet als Zeitzeugen linke Antworten auf unsere Vergangenheit zu geben.

Wir wissen, dass Zeitberichte nur die subjektive Sicht wiedergeben können, in ihrer Gesamtheit bilden sie jedoch eine Art kollektives Gedächtnis, was für die nachfolgende Generation nicht verloren gehen darf.

(Gisela Damm, Potsdam)

